

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neuigkeiten) — (Niederwallauer Zeitung)

Anzeigen
kosten die einseitige Kolonelle
oder deren Raum 15 Pfg.
für auswärtige Besteller 20 Pfg.
Reklamen 60 Pfg.

Bezugspreis
monatlich 80 Pfg., mit Bringer,
jährlich 80 Pfg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2.55 Mk.
auschl. Postgebühren.

Erscheint: Dienstags,
Donnerstags, Samstags
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftleiter
Wilh. Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164.

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Fernruf Nr. 164

Nr. 34.

Donnerstag, den 20. März 1919.

27. Jahrgang

Das neue bayerische Kabinett.

Das bayerische Ministerium ist wie folgt gebildet:
Mehrheitssozialist Hoffmann: Vorsitz, Kultus und
im Nebenamt Neuheres; Mehrheitssozialist Endres:
Justiz; Bürgerlicher Fachminister Ministerialdirektor
Merkel; in Vertretung Finanzen; Bürgerlicher Fach-
minister Frauendörfer: Verkehrsweisen; Unab-
hängiger Unterleithner: wie bisher Soziales;
Mehrheitssozialist Segitz: Inneres; Unabhängiger
Simon: Handel; Bauernblinder Steiner: Land-
wirtschaft; Mehrheitssozialist Schnepenhorn: Mi-
tarwesen.

Ministerpräsident Hoffmann begann seine Pro-
grammrede, indem er des Todes Eisners und Auer's
gedachte, deren Ansichten oft auseinandergegangen seien.
Auer sei nicht für plötzliche Umwälzung, sondern für
langsame Entwicklung gewesen. Der Landtag werde
warme Grüße über den Rhein an die deutschen Brüder.
Bavaria verlaße die Pfälzer nicht, und diese stünden
treu zu Bayern. Die Revolutionsregierung habe nun-
mehr die Gewalt dem vom Volke gewählten Parlament
übertragen. Mit elementarer Gewalt sei der Rätege-
dank durchgebrungen. Aber die Räte seien einsichtig ge-
nug, keine gesetzgebende und vollziehende Gewalt zu
beanspruchen. Das Programm der Regierung sei ein
solches des Friedens und der Freiheit. Das sozialisti-
sche Ministerium müsse in sozialem Sinne arbeiten. Die
schränkenlose Kapitalwirtschaft sei für alle Zukunft un-
möglich. In erster Linie stehe die Sozialisierung des
Bergbaues. Hinsichtlich der Reservatrechte würde ein
starkes Festhalten am Alten unabweisbar sein. Bayern
denke nicht an eine Loslösung vom Rhein. Der alte
Militarismus und die stolze Armee von ehemals seien
tot. Die Regierung werde sowohl gegen die Reaktion
von rechts als gegen die Anarchie von links Stellung
nehmen. Das einzige Mittel gegen das derzeitige Elend
sei fleißige Arbeit. Der kommende Friede, so schwer er
auch sein möge, müsse den Wiederaufbau der Volks-
wirtschaft ermöglichen.

Zur Lage im Reich.

In den Vororten.

Bei der Durchsicht nach Waffen in den Vor-
orten ereignen sich immer noch Zwischenfälle. So mußte
über Adlershof, in der Nähe des Flugplatzes Jo-
hannisthal, der Belagerungszustand verhängt
werden. Die Gemeinde wurde von Regierungstruppen
eingeschlossen und besetzt. Die Truppen hatten in der
Ortschaft, da ihnen von der Bürgerschaft das Quartier
verweigert wurde, zwangsweise Unterkunft gesucht.
Auch in Neufölln ist die Polizeistunde auf
9½ Uhr festgesetzt worden. Nach dieser Zeit dürfen
auch keine Ansammlungen auf der Straße mehr statt-
finden. Das in Neufölln garnisonierende Infanterie-
Regiment Nr. 84 wurde aufgelöst, nachdem es seine
Waffen abgeliefert hatte.

Massenverhaftungen in Neufölln.

Zu Beginn der Spartaistenunruhen rückte eine be-
waffnete Horde von Verbrechern vor das Amtsgerichts-
gefängnis in Neufölln und bestreite gewaltsam über 30
Gefangene, Diebe und Trunken, darunter den „Eiche-
heitskollanten“ Otto Laube, der wegen Mordes an sei-
ner Ehefrau verhaftet worden war. Bald darauf sperrte
diese Bande, der sich die Polizei angeschlossen hatten,
die sämtlichen Zugänge zur Hermannstraße ab und plün-
derte die Konfektions- und Feilwarengeschäfte. Der
Neuföllner Kriminalpolizei gelang es jetzt, 16 Betei-
ligte zu verhaften. Einer Anzahl der übrigen Beteilig-
ten ist man auf der Spur.

Die Opfer.

Als Opfer des Aufstands sind bis jetzt
222 Tote nach dem Leichenjahause gebracht wor-
den; darunter befinden sich 18 Frauen und Mädchen.
Die Gesamtzahl der Toten läßt sich immer noch nicht
feststellen. Zur Beerdigung werden von der Staatsan-
waltschaft die Leichen sofort freigegeben, sofern die
Persönlichkeiten feststehen. Durchschnittlich werden jeden
Tag 15 bis 20 Opfer auf den verschiedenen Friedhöfen
von ihren Angehörigen bestattet. Einige Angehörige
lehnen die Bestattung ab, weil ihnen die Mittel dazu
fehlen. In solchen Fällen werden die Toten auf Staats-
kosten in Glanzgräbern beerdigt.

Die Schraube ohne Ende.

Auf den Hamburger Bechen haben die Verg-
leute beschlossen, von jetzt ab nur noch eine sechs-
stündige Schicht zu verfahren. Dieser Beschluß
ist bereits durchgeführt worden. Die Bechenverwal-
tungen wollen nun einen der Schichtverhältnisse entsprechen-

den Lohnabzug vornehmen. Es ist zu befürchten, daß
die Verhältnisse im Hamburger Revier sich erneut be-
deutlich zuspitzen.

„Ihr seid der Stohtrupp.“

Durch die Einführung der Sechsstundenschicht ist auf
den Schiffschiffen Zeichen die Förderung sowohl insge-
samt wie auch je Mann und Schicht weiter um 10
Prozent zurückgegangen, insgesamt ist jetzt auf den
Hamburger Bechen die Förderleistung bei sehr stark
gesteigerten Lohnsätzen um 45 Prozent niedriger als
vor Ausbruch der Revolution. In einer von der Freien
kommunistischen Vereinigung einberufenen Versamm-
lung wurde den Hamburger Vergleuten gesagt: Ihr seid
der Stohtrupp für den Ruhrbezirk und ganz Deutsch-
land. Ihr erzwingt den Sechsstundentag, euer Tun
macht Schule und der ganze Industriebezirk kommt von
selbst nach. Aber selbst nach der allgemeinen Einfüh-
rung des Sechsstundentages werden die kommunistischen
Bühlerien keineswegs aufhören, so erklärt ein Mit-
glied des Bechenrates der Zeche Lobberg. Man möge
nicht glauben, daß nach Erreichung des Sechsstunden-
tages Ruhe eintrete. Im Gegenteil: Es werde nicht
eher Ruhe geben, bis alles Bestehende zerstört sei, da-
mit die Kommunisten auf dem zerstörten in ihrem
Sinne eine neue Welt aufbauen könnten.

Oberleuten.

Der Streit in Obersachsen ist vollständig erlo-
schen. Alle Gruben und Hüttenwerke arbeiten voll-
ständig.

Die Pariser Konferenz.

Die Unterbringung.

Nach einer Meldung des „Köln-Anzeigers“ sind lau-
„Daily Mail“ im Grand Hotel Moderne in Verfall
Les 66 Zimmer für die deutschen Delegier-
ten, die übernächste Woche aus Paris eintreffen sol-
ten, in Bereitschaft gesetzt worden. Der Aufenthalt der
deutschen Delegierten dauert voraussichtlich nur vier
Tage.

Anerkennung der deutschen Regierung.

„Hommie Libre“ berichtet, daß die Alliierten am 13.
März die Anerkennung der jetzigen Regierung bestatig-
ten haben.

Merke! Nachrichten.

Die Sozialisierungsfrage.

Nach einer Meldung aus Dresden wird eine
Konferenz bekannter Wirtschaftspolitiker stattfinden,
der es obliegen soll, sowohl für die Sozialisierung des
Reiches, wie auch der Freistaaten Richtlinien aufzustel-
len. An der Konferenz werden zahlreiche Parlamentarier
der deutschen Nationalversammlung teilnehmen. Es
steht fest, daß Sachsen nicht eher sozialisiert wird,
bevor das Reich damit begonnen hat. Allen Freistaaten
sollen möglichst gleiche Richtlinien empfohlen wer-
den. Nach der Konferenz beabsichtigt die sächsische Re-
gierung auf den Grundlagen der Konferenzbeschlüsse wei-
ter mit dem Zentralkomitee der bayerischen Republik zu ver-
handeln.

Eine Neuordnung des Reichsfunkwesens.

Der Reichspräsident hat, wie der „Deutsche Reichs-
anzeiger“ jetzt bekanntgibt, den Ingenieur Fredow
zum Direktor im Reichspostministerium
ernannt. Nach dem „Berliner Tageblatt“ handelt es sich
um Oberingenieur Hans Fredow, der seit 1903 in lei-
tender Stellung in der Telefunken-Gesellschaft, zuletzt
als Direktor, tätig war. In dieser Stellung hat er sich
durch die Organisation des deutschen Funktelegraphen-
verkehrs außerordentliche Verdienste erworben. Insbe-
sondere ist ihm die Organisation des sehr schwierigen
drahtlosen Verkehrs zwischen Deutschland und dem
Auslande während der Kriegsjahre zu danken, wodurch
es gelungen ist, Funktelegramme auch in die entfern-
testen überseeischen Länder zu senden. Der neue Direk-
tor, der im Alter von 41 Jahren steht, hat im Reichs-
postministerium große Aufgaben vor sich. Es ist ihm
die Leitung des gesamten deutschen Reichsfunkwesens
übertragen worden. Die Funktelegraphie soll in Zu-
kunft erheblich stärker als bisher für öffentliche Ver-
kehrszwecke, insbesondere für die Bedürfnisse der Presse,
nutzbar gemacht werden. Es ist wohl das erste Mal, daß
einem Ingenieur eine Direktorstelle im Reichspostmini-
sterium übertragen worden ist, und daß mit dem alten
Brauch gebrochen wurde, nur Juristen oder Beamte auf
derartige leitende Posten zu stellen.

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Vorarbeiten über die Eingliederung
der Arbeiterräte in die Verfassung sind soweit
gekommen, daß ein hierauf bezüglicher Entwurf schon in
absehbarer Zeit dem Verfassungsausschuß zugehen
wird. Das Kabinett hat sich in seiner letzten Sitzung
mit der Zusammensetzung der Kommission für die
Friedensdelegation befaßt. Außerdem wurde
ein bestimmtes Problem der Polenfragen erör-
tert und dabei die Grenze des äußersten Entgegen-
kommens Deutschlands festgesetzt.

Der Vorstand des Kabinetts des Großher-
zogs von Hessen teilt dem hessischen Ministerium
mit: „Großherzog Ernst Ludwig entbindet nun-
mehr die Beamten von den durch den Treueid
übernommenen Pflichten, nach dem die Volkshammer
Hessen durch die Annahme der vorläufigen Verfassung
zum Freistaat erklärt hat.“ Bislang hat sich der Groß-
herzog geweigert, eine förmliche Verzichtsurkunde zu un-
terzeichnen, und es ist anzunehmen, daß er nunmehr
diesen Standpunkt verläßt.

Aus Portugal.

Der portugiesische Minister des Auswärtigen stellte
auf einem Pariser Festmahl die portugiesischen Forde-
rungen dahin fest: Wiederherstellung der von Deutschland
1902 in Ostafrika übernommenen Gebiete, Wiedergut-
machung der kolonialen und Marinehäfen und Bezah-
lung der portugiesischen Arztesoldaten.

Tirpitz und Lubendorff.

Großadmiral Tirpitz ist nach Deutschland zurückgekehrt und hält sich wie Lubendorff in Berlin auf. Er trägt jetzt keinen Bart mehr und beobachtet eine ziemlich zurückgezogenheit, was sich von Lubendorff nicht sagen läßt. Lubendorff geht täglich in Zivil aus, man sieht ihn häufig mit einigen Freunden in der Deutschen Gesellschaft in der Wilhelmstraße beim Frühstück.

Vom Osten.

Nach der Berliner „Vossischen Zeitung“ sind der Reichswehrminister und General von Winters in Kolberg zu Besprechungen mit Generalfeldmarschall von Hindenburg eingetroffen.

Bolschewisten-Schlapppe.

Nach der Einnahme von Tschum ist Kaspaszen am Riga'schen Meerbusen, vier Meilen vom Rigaer See, erreicht worden. Die Bolschewisten haben sich auf Schloß zurückgezogen. Das Zentrum hat seinen Vormarsch fortgesetzt und Reuenburg genommen. Durch die gemeinsamen Operationen der lettischen, reichsdeutschen und baltischen Truppen ist eine doppelte Frontverlängerung erzielt worden.

Bolschewistische Pläne.

Die „Times“ vernimmt aus Helsingfors, die Regierung in Moskau habe auf Eruchen Trozki's den Plan für ein Heer von 150 000 Mann auszuwerfen, das im April oder Mai durch Polen und Kurland in Deutschland eindringen solle. Hauptzweck dieses Heeres sei die Unterstützung der Spartakisten in Deutschland und die Kampffähigmachung der 100 000 russischen Kriegsgefangenen, die sich noch in Deutschland befinden. Dieser Plan werde einem Major Busch zugeschrieben, einem ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen, der in Moskau eine große Rolle spielen und sich als kommunist und Spartakist ausgeben solle. Busch habe vor kurzer Zeit einen Sonderauftrag Trozki's erhalten, bei den Marinetruppen in Kronstadt die Überreste der Regierung für den Verband auszumergen.

Polnischer Generalstreik.

Im polnischen Industriegebiet ist, wie die Telegraphen-Union erzählt, die Proklamation des polnischen Generalstreiks am 13. März erfolgt. Die Mehrzahl der Belegschaften legte auf den Gruben im Dombrowaer Industriegebiet die Arbeit nieder. Es spielten sich dort genau dieselben Dinge ab wie in Oberschlesien. Auch von den Bässen wurde Gebrauch gemacht, da Zusammenstöße mit dem Militär stattfanden, wobei es Tote und Verwundete gab. Die spartakistische Bewegung in Polen soll noch immer weiter anwachsen, zumal viele Arbeitslose sich den Streikenden zugesellen. Die polnische Grenze ist seit Montag nachmittag wieder für den Verkehr frei geworden.

Die Lebensmittel-Versorgung.

Das Abkommen.

In dem Lebensmittelabkommen, welches in Brüssel mit den Vertretern der assoziierten Regierungen geschlossen worden ist, ist bezüglich der Versorgung des linken Rheinuferes vereinbart worden, daß die deutschen Behörden von Zeit zu Zeit ihren Verteilungsplan vorlegen. Die endgültige Entscheidung bezüglich der Verteilung der eingeführten Lebensmittel auf die besetzten und unbesetzten Gebiete soll bei den assoziierten Regierungen liegen. Die eingeführten Mengen, die für das besetzte Gebiet bestimmt sind, sollen an die militärischen Stellen der assoziierten Regierungen in Rotterdam oder an anderen geeigneten Häfen abgeliefert werden und werden von diesen an die deutschen örtlichen Zivilbehörden verteilt. Ferner ist vereinbart worden, daß von den assoziierten Regierungen die Verbindung Deutschlands mit fremden Ländern nach Kräften erleichtert wird. Die assoziierten Regierungen werden sofort Vertreter ernennen, welche in einer künftigen Kommission in Rotterdam

damit beauftragt werden, um mit den deutschen Delegierten von Zeit zu Zeit die Fragen, die sich aus dem Lebensmittelverkehr ergeben, zu besprechen.

Die Verteilung.

Ueber die bevorstehende Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln durch den Verband äußerte sich der Ernährungsminister Schmidt zu einem Mitarbeiter der „Nationalzeitung“ u. a., der Verband hat uns 300 000 Tonnen Getreide zugesichert. Man darf sich jedoch dabei nicht vorstellen, daß diese Menge einen Ueberschuß darstelle, denn aus unseren eigenen Beständen können wir die Bevölkerung nur bis Ende Mai ernähren. Von diesem Zeitpunkt an bin ich gezwungen, die 300 000 Tonnen des Verbandes in unsere Getreidebestände hineinzuverfrachten. Die Folge der von dem Verband uns überlassenen Getreidemenge wird sein, daß ein besser ausgemahltes Mehl zur Verteilung kommen wird. Bei der Verteilung der Lebensmittel kommen vor allen Dingen die Großstädte in Betracht, da die Selbstversorger auf dem Lande ausgeschaltet werden sollen. Ich habe berechnet, daß es sich hierbei um ungefähr 47 Millionen Menschen in Deutschland handelt. Von den 70 000 Tonnen Schmalz und Speck, die von dem Verband versprochen worden sind, sind augenblicklich 30 000 Tonnen tatsächlich schon im Anrollen. Wenn die große Menge von 70 000 Tonnen in Deutschland eingetroffen sein wird, wird die Verteilung sofort vor sich gehen. Pro Kopf werden dann zusammen drei Pfund Schmalz und Speck ausgegeben werden können.

Die Verwendung der Schiffe.

In einer halbamtlichen Pariser Note ist die Verwendung der deutschen Handelschiffe genauer festgelegt worden. Es handelt sich nicht um die Verteilung der Flotte, sondern um die Verantwortlichkeit für die Verwaltung der Schiffe, bis durch den Friedensvertrag die endgültige Bestimmung der Schiffe geregelt wird. Der vorläufige Charakter der Mission jeder der assoziierten Regierungen wird durch die internationalisierte Flagge bezeugt, unter der alle Schiffe fahren. Frankreich übernimmt die Verantwortung für den Betrieb von 600 000 Tonnen Frachtdampfer von 75- bis 100 000 Tonnen Ueberseesdampfer; der Rest wird von England und den Vereinigten Staaten in Betrieb genommen und der Heimbeförderung der amerikanischen und australischen Truppen dienen. Die kleinen Dampfer, die für große Fahrt nicht geeignet sind, werden zum Dienst zwischen England und Frankreich verteilt. Die Verwendung aller Schiffe wird durch den Rat der Alliierten für Seetransporte festgelegt, der auch über die österreichischen Schiffe, die gegenwärtig bei den Alliierten Dienst tun, verfügt.

Zur Ausfahrt bereit.

Die Dampfer Kaiserin Auguste Victoria, Cleveland, Patria, Graf Waldersee, Pretoria, Kap Finisterre, Rigomo und Prinzessin sollen noch diese Woche den Hamburger Hafen wieder verlassen. Der Riesendampfer Imperator kann erst nach erfolgter Reparatur in den Docks der Vulkanwerft zur Einholung vorbereitet werden. Er wird dann später ausfahren. Die Seeleute machen ihre Ausrüstung von der bindenden Zusage abhängig, daß sie nicht von Bord entfernt werden.

„Binnen 20 Tagen in Deutschland.“

Die erste Sendung von Lebensmitteln, im ganzen 270 000 Tonnen, wird innerhalb 20 Tagen von Rotterdam aus versandt werden. Diese Lebensmittel stammen zum größten Teil aus den eisernen Nationen, die in England gegen die schlimmsten Folgen des U-Bootkrieges aufgeschleppt waren. Im einzelnen sind nach Mitteilungen des Verbandes zur Verteilung bereit und sofort lieferbar aus England: Gegen 30 000 Tonnen Speck, 10 000 Tonnen kondensierte Milch, 20 000 Tonnen Pflanzenöl, 2000 Tonnen Margarine, 2000 Tonnen Weizenmehl, 35 000 Tonnen Reis, 50 000 Tonnen Mangon (hinterindische Bohne), 15 000 Tonnen Hafermehl, 10 000 Tonnen Gersten- oder Roggenmehl; aus Frankreich: ein Viertel Manicamehl und

50 000 Tonnen Palmöl, die ungefähr 15 000 Tonnen Palmöl enthalten; aus der amerikanischen Korngesellschaft in Europa: 40 000 Tonnen Weizenmehl, 20 000 Tonnen andere Mehlsorten, 30 000 Tonnen Roggen.

Ausschluß des Schleichhandels.

Um den Besorgnissen entgegenzutreten, daß sich etwa der Schleichhandel der nahrungsmittel vom Ausland einzuführenden Lebensmittel beträchtlichen und diese dadurch verteuert, wird amtlicherseits darauf hingewiesen, daß die völlige Ausschaltung des Zwischenschaltens in diesem Falle um so eher gewährleistet werden könne, als die in feindlichen oder neutralen Ländern angelauten und aufgeschleppten Waren einen direkten Weg zu den deutschen, staatlichen oder kommunalen Verteilungsstellen nehmen und von diesen lebhaft nach den bestehenden Rationierungsgrundsätzen den Verbrauchern zugeführt werden. Wie man die durch dieses Verschulden Arbeitslosen am sichersten von jeder Zuteilung von Verbandslebensmitteln ausschließen kann, darüber sind sich die maßgebenden Stellen noch nicht schlüssig geworden.

Der Krieg im Volksleben.

Wer jemals einen Blick in die Ergebnisse der Volkszählungen geworfen hat, die vom Statistischen Amt des Reiches und einigen statistischen Landesämtern in großen diesen Wäldern herausgegeben werden, wird erstaunt gewesen sein über die Gleichmäßigkeit des Altersaufbaues der Gesamtbevölkerung. Sie stellt sich dar als eine Pyramide, die sich ganz stetig nach oben zu verjüngt, wenn man die große Masse der kleinsten Kinder als unterste Schicht wählt und darauf die älteren Personen dem steigenden Alter nach aufbaut. Fast nirgends findet sich eine Lücke oder ein Sprung, und alles ist stetig und ruhig, so ebenmäßig, wie ein gesunder und gut gebauter menschlicher Körper selbst. Leider muß ich sagen „ja!“ Denn an einer Stelle findet sich eine Unregelmäßigkeit, die auf irgend ein Vorkommnis hinweist, das dem Volkskörper eine Wunde geschlagen haben muß.

Sehen wir näher zu, daß die Lücke auf die Jahre 1870 und 1871 zeigt, und nun ist nicht mehr schwer zu erraten, um was es sich dabei handelt. Es ist eine Lücke, die der deutsch-französische Krieg unter den damaligen Männern im vollkräftigen Alter gerissen hat. Wie die Spur eines modernen Ozeanriesen auf dem Meere noch sichtbar bleibt, auch wenn der Koloss selbst schon unter den Horizont getaucht ist, so zeigt sich das Bildmal von 1870 durch die Bevölkerung hin, das uns der große Sersemann Krieg damals geschlagen hat. Das zweite Kriegsjahr verzeichnet 163 000 Geburten weniger als das Vorjahr! Das ist eine gewaltige Zahl, so groß, daß alle anderen Bevölkerungsvorgänge sie in fast einem halben Jahrhundert nicht verwischen konnten. Stellt man die aus den drei Jahrzehnten 1870-1872 stammenden Deutschen zusammen und berechnet ihre Gesamtzahl mit 100, so entfallen auf die aus dem Jahre 1870 Gehärtigen 33,8 Proz., auf die aus 1871 29,7 Proz., während 1872 wie der 36,5 Proz. verzeichnen. Und diese Zahlen bleiben dieselben, ganz gleich, in welcher Volkszählung man nachschlägt und sie ausrechnet. Ich habe sie von 1880 bis 1910 unverändert gefunden, die Lücke bleibt also bestehen. Erst wenn die ganzen Generationen ausgestorben sein werden — und das wird ja unter der Einwirkung der jetzigen Lebensverhältnisse nur noch kurze Zeit dauern — wird sich in der Reichsbevölkerung der Eindruck von 1871 verwischen. Inzwischen kommt jedoch eine neue Lücke. Der Krieg ist seitdem unendlich mörderischer geworden und die Verluste an Gefallenen von 1870 sind beachtungslos gegen die jetzigen. Würden wir aber alle Erinnerung an den Weltkrieg aus unseren Büchern und aus unserm Gedächtnis löschen, noch nach Generationen würde der Bevölkerungsstatistiker aus den Nachweiser über den Altersaufbau erkennen, daß sich 1914 und in den folgenden Jahren eine Katastrophe abgespielt haben muß, die in der Bevölkerungsbewegung des Landes ihre Spuren nicht hat.

Rote Rosen.

Roman von S. Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)
„Manu, Vissethen, man keine Bange, die Sprechwerkzeuge funktionieren ja noch tadellos bei dir. Du machst ja ein Gesicht, als wenn dir die Petersilie verhaselt wäre.“
Die Baronin schnappte nach Luft.
„Aber ich bitte dich, Dietl!“ — der Baron ließ mit Vornamen Dietrich und seine Frau hatte aus den längst vergangenen Mitternächten diesen Kosenamen beibehalten — „ich bitte dich dringend und inständig, Dietl — ist das nicht zum Burzelbaumschlagen?“
„Na, na, Vissethen, du wirst doch nicht! Solche Untugenden wirst du dir doch nicht auf deine alten Tage angewöhnen?“
„Alte Tage? Aber, Dietl, du wirst doch nie ein Kavaliere! So etwas sagt man doch einer Dame nicht! Die hat höchstens alte Tage, wenn sie hundert Jahre alt ist.“
„Aber wenn du Burzelbäume schlagen willst, Vissethen?“ gab er zu bedenken.
„Wer sagt dir denn, daß ich das tun will?“
„Du selbst — soeben.“
„Ach, Unsinns, ich frage dich doch nur, Dietl, ob es nicht zum Burzelbaumschlagen ist?“
„Na, schön,“ lachte der alte Herr, „und ich sage dir tu's lieber nicht, du weißt nicht, wie es o-läuft.“
„Nun lachte die Baronin ebenfalls laut auf. Aber gleich darauf sagte sie topfschüttelnd:
„Nein, ich fahre das nicht.“
„Aber was hat dich nur so in die Rage gebracht, Vissethen?“
„Mein Gott, diese Verlobung.“
„Aber du wolltest es doch so brennend gerne, daß sich Graf Rainer verlobte und verheiratete.“
„Ja doch, aber ich hatte gehofft, er würde sich mit der Gräfin Gerlinde verheiraten.“
„Ach, nee, Vissethen — was hat dir denn der arme Graf Rainer anleide getan?“

Die Baronin fuhr nach ihrem Gatten herum:
„Aber, Dietl, du bist doch manchmal schrecklich! Sieh mal, ich hatte mich doch so sehr darauf gefreut, Graf Rainer und Gräfin Gerlinde, das wäre ein Paar nach meinem Herzen gewesen. Da hätte man doch ein Labsal für seine Schönheitsdurstigen Augen gehabt.“
„Weißte was, Vissethen? — Sieh mich an, dann hast du auch ein solches Labsal. Und im übrigen, warte doch erst mal ab, ob die Braut des Grafen Rainer nicht mindestens ebenso schön ist, wie deine Gräfin Gerlinde.“
„Meine Gräfin Gerlinde? Na ja, sie ist doch nun mal die entzückendste Frau, die ich kenne.“
„Dum! Na ja, Vissethen, sozusagen als Bild betrachtet — einverstanden. Da ist ja die Gräfin entzückend. Aber an der Wand muß sie hängen bleiben.“
„Aber, Dietl — du bist ein Ungeheuer!“
Der Baron lachte gemächlich.
„Wege dich bloß nicht auf, Vissethen — ich meine ja nur — als Bild betrachtet soll sie hängen bleiben, daß man sie bloß aus respektvoller Entfernung genießen kann. Aber so vom rein menschlichen Standpunkt — nee, nee, Vissethen, da hätte mir Graf Rainer leid getan. Diese beiden Menschen hätten im Leben nicht zusammen gepaßt. Die Gräfin hat zu wenig Derg. Weißte, Vissethen, sie ist kalt und feurig zugleich. Das ist eine verfluchte Mischung, wenigstens für einen Ehemann. Mal sitzt er im Regesfeuer, mal unter der kalten Dusche. Wer hält denn so was auf die Dauer aus? Denst du, Graf Rainer hat in seiner Ehe was zu lachen gehabt? Awo! Das weiß ich besser. Und du kannst Graf Rainer von Herzen gratulieren, daß er dir deinen schönen Traum nicht erfüllt hat. Du hast den Prachtkerl doch ins Herz geschlossen. Na, brauchst nicht rot zu werden, ich bin nicht eifersüchtig.“
Die Baronin lachte.
„Dietl, schway doch nicht solche Dummeheiten, wir haben doch zwei erwasene Söhne.“
„Nichtig, Vissethen. Aber um auf den besagten Ehemann zu kommen — an deiner Augenwende wirst

du doch noch kommen. Ich kenne doch die Tochter von Erzelenz Waidow. Du, das ist ein süßes junges Blut und mindestens ebenso schön, wie deine Gräfin Gerlinde.“
„Du sollst nicht immer deine Gräfin Gerlinde sagen, Dietl, du bist doch ein Ungeheuer.“
„Aber ein sehr gemächliches. Gib mir einen Kuß, Vissethen, und dann mache es dir bequem. Schläfe in dein behagliches Hausgemach ohne das enge Korsett und streif die Stöckelschuhe von deinen kleinen Füßeln, auf die du so eitel bist. Dann wirst du die Enttäuschung standhafter ertragen.“
„Ja — ich glaube auch, daß ich mich dann gemächlicher fühle. Aber leid tut es mir doch, daß Gräfin Gerlinde und Graf Rainer nicht ein Paar werden, trotz deiner Niederer von Regesfeuer und kalter Dusche. Die Gräfin wird auch aus den Wolken fallen, wenn sie das hört. Sie hat entschieden etwas für Graf Rainer übrig.“
„Vielleicht noch mehr für das Majorat und den berühmten Ramberger Familienschmuck. Den wirst du nun auch hergeben müssen. Und ins Witwenhaus mußt du nun auch wandern.“
„Das sagst du mit einer förmlichen Schadenfreude, Dietl. Ich weiß, du kannst die Gräfin nicht leiden, weil sie ein bisschen viel an Neugierigkeiten gibt. Dafür ist sie doch nun einmal eine schöne Frau. Schön sei verpflichtet.“
„Siehe dein Füßerl und den Stöckelschuh, Vissethen, nehm die Baronin behaglich. Weil du ein so reizendes Füßerl hast, wie ich es noch bei keiner anderen Frau gesehen habe, fühlst du dich verpflichtet, dich mit solchen Malesizismen abzugeben. Und weil die Gräfin eine schöne Frau ist, meinst du, sie habe nichts weiter zu tun, als ihrer Schönheit zu leben.“
Die Baronin nickte energisch.
„Natürlich. Eine Rose ist kein nutzbares Stückchen gewächs. Sie hat nichts zu tun als zu blühen und zu sein.“
„Wohl! Das besorgt die Gräfin auch gründlich. Aber weißt du, Vissethen, ich bin doch heifrig, daß du nicht so ein Rosendasein an meiner Seite geführst.“ — — —
(Fortsetzung folgt.)

Lokales und Provinzielles.

Schierlein, den 20. März 1919.

• Die Einreise der Rheinländer, Pfälzer, Elsaß-Lothringer in das von den französischen Truppen besetzte Gebiet. Die Bestimmungen über die Einreise derjenigen Personen, die vor dem 1. August 1914 in dem Gebiet des Brückenkopfes Mainz und den westlich daran anschließenden Teil wohnhaft waren, sind auf Befehl des Reichs nachfolgendermaßen geändert worden:

1. Ärztliche Quarantäne findet im früheren Lager Griesheim bei Darmstadt statt, wo seitens der französischen Militärbehörde alle Maßnahmen getroffen sind, um die Zivilpersonen in würdiger Weise aufzunehmen, insbesondere ist von den französischen Behörden ausreichende Verpflegung und Unterkunft kostenlos versprochen worden. Die Quarantäne erstreckt sich vorläufig auf die Dauer von 20 Tagen; es empfiehlt sich jedoch ärztliche Hilfe mitzubringen, die bezeugen, daß Geschlechtsverbreitung bei der betreffenden Person nicht vorliegt, wodurch die Möglichkeit einer Verkürzung der Quarantäne gegeben ist. Nach Ablauf dieser Quarantäne steht, falls die Identität der betr. Person nachgewiesen ist, einer Einreise in das Heimatgebiet nichts im Wege.

2. Frauen und Kinder können ab 22. Februar 1919 angenommen werden, während der Einreise der männlichen Zivilpersonen sofort beginnt. Jedoch kann wegen Unterbringungsschwierigkeiten nur immer eine begrenzte Anzahl Frauen und Kinder untergebracht werden.

3. Bedingungen der Einreise: Durch die Neuordnung sind alle bis jetzt eingegangenen Besuche um Rückwanderung von denjenigen Personen, die vor dem 1. August 1914 im besetzten Gebiet gewohnt haben, ungültig geworden. Es müssen von diesen Personen neue Besuche an den Abschnittskommandeur IV der neutralen Zone, Abteilung Rückwanderung, Scharnhorststraße 50, gerichtet werden. Diese brauchen nur zu enthalten: Name, Geburtsort, Reiseziel und augenblickliche Adresse. Die Besuchsteller werden dann von hier aus benachrichtigt, wann und wo sie sich in Frankfurt a. Main einfinden sollen, zwecks Weitertransport nach dem Lager Griesheim. Es ist völlig zwecklos, sich vorher in Frankfurt a. Main einzufinden, da die Besuche genau der Reihenfolge nach erledigt werden und immer nur eine beschränkte Anzahl (wie bereits angegeben) einreisen kann. Zur Erleichterung der Feststellung der Personallisten ist es wünschenswert, daß die Antragsteller sich mit irgendwelchen behördlichen Papieren, z. B. Steuerzettel, Lebensmittelskarte, Versicherungskarte usw. versehen. Auch empfiehlt es sich, eine bekannte Familie, die in dem Einreiseort wohnt, anzugeben, damit die Feststellung der Identität beschleunigt wird.

• Von der Schule. Nach einer Anweisung des Kultusministeriums in Berlin an die Provinzial-Schulbehörden soll die Zwangspensionierung der Direktoren und Oberlehrer, die das 65. Lebensjahr überschritten haben, in die Wege geleitet werden, besonders in solchen Fällen, wo die älteren Lehrpersonen den Anforderungen des Dienstes nicht mehr voll entsprechen. Zur Begründung wird die Tatsache hervorgehoben, daß die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen und Posen viele jüngere Lehrkräfte frei gemacht haben, für die Stellen geschaffen werden müssen.

• Nachprüfung der Kartoffelbestände. Der preussische Staatskommissar für Volksernährung hat neuerdings für alle Kommunalverbände eine Nachprüfung der noch vorhandenen Kartoffelbestände angeordnet. Diese Nachprüfung darf sich nicht in der Form von Stichproben vollziehen, sondern muß sich vielmehr auf jeden einzelnen Kartoffelerzeuger erstrecken, insbesondere auf die kleinen und rückschließenden Lieferanten.

• Arbeit. Hat es noch Zweck, daß wir schaffen, oder hat es keinen? Schredliche Frage! Lahmender Druck liegt über all unsere Arbeit. Wir haben uns auf die Rückkehr zur friedlichen, gegenständlichen Arbeit nach langer, mühsamer Kriegszeit gesetzt. Arbeit beglückt uns, Arbeit baut die Welt auf und macht uns zu Mitbürgern. Wir möchten in ihr Trost, Vergessen, neue Hoffnung, höheres Leben suchen. Und das Land ist so voller Arbeit. Keine Lokomotiven und schlechte Wagen; keine Wohnungen und keine Menge von Reparaturen! Ausgelagerte Acker und hungernde Menschen! Alles schreit nach Arbeit. Alles ruft nach uns. Und wir möchten aus Wert stützen, möchten unsere Kraft vergeblich machen, verbunderstehen — da kommen die Streiks! Da kommen die Spartakisten! Der Vulkan, der unter uns ist, sprüht bald Feuer aus diesem, bald aus jenem Krater. Wird noch ein Hauptausbruch folgen? Und was wird dann aus all unserer jetzigen Arbeit! Dann werden die Maschinen ruhen, die Waren verderben, die Felder unbesäet bleiben, unsere guten Gedanken und großen Pläne mit uns begraben werden. Weshalb auf dem untergehenden Schiff noch arbeiten? Weshalb sich abmühen, wenn der Meeresgrund kein Zweck beschien? So will's manchmal über uns kommen, und mit unsrer Arbeitsfreude unsere letzte Hoffnung zugleich zerbrechen. Aber wir dürfen dem nicht nachgeben! Wir müssen festhalten, solange noch ein Lichtstrahl am Horizont ist. Und wenn die Flut des Chaos über uns und unsere Arbeit zusammenschlägt: Es wird denoch nicht umsonst sein, was wir taten. Denn aus dem Chaos und dem Nichts, aus Streiks und Plünderungen wird die neue Welt kommen. Sie wird aus der Arbeit geboren. Auf unsere Arbeit wird man sich einst,

früher oder später, doch wieder bestimmen müssen; an unsere Arbeit wird man anknüpfen müssen; sie wird der Same sein im Schoße der dunkeln Zeit. Und irgendwann und irgendwie wird die Frucht aufgehen und uns mit neuem Hoffen anfüllen!

• Der Fernspreverkehr mit dem freigegebenen Landkreis Wiesbaden und den Kreisen Rheingau, Unterlaunus und Hhchsl, sowie Stadt und Kreis Mainz ist für sämtliche freigegebenen Nummern gestaltet.

— Temperaturrückfälle sind in den letzten Nächten mit mehr oder weniger großer Heftigkeit eingetreten. Teilweise hat es sogar stark geregnet. Zu Frostschäden dürfte es indes bisher nicht gekommen sein. Die Luft blieb auch tagsüber trotz Sonne recht rauh. Hoffen wir vom kommenden Lenz, der am 22. März die Herrschaft antritt, das beste!

— Geldsendungen an deutsche Gefangene in England und in englischen Lagern auf französischem Boden müssen an das niederländische Postamt in Haag gerichtet werden. Die Oberpostkontrolle in Bern kann die Anweisungen nicht vermitteln.

— Postpakete an deutsche Gefangene in Belgien sind bis 5 kg. zugelassen. Sie sind gebührenfrei und müssen von einer Paketkarte und einer Inhaltsangabe begleitet sein.

— Entschädigungen für Landwirte. Die der rheinischen Landwirtschaft infolge der Demobilisierung und der Befreiung erwachsenden besonderen Lasten und Beschwerden gaben der Landwirtschaftskammer in Bonn Veranlassung, verschiedentlich mündlich und schriftlich Schritte bei der Weimarer Reichsregierung, beim Oberpräsidenten und bei den Regierungspräsidenten des besetzten Gebietes zu unternehmen. Nach langen Bemühungen hat die Reichsregierung endlich die Erklärung abgegeben, daß das Reich für alle verursachten Schäden hafte. Der Vorstand bezeichnet es als dringend erforderlich, daß die Landwirte selbst entsprechend den Vorschlägen in Nr. 7 der Landwirtschaftlichen Zeitung für die Rheinprovinz für eine sofortige Ordnungsmäßige und einwandfreie Befriedigung und Abschätzung der Schäden sorgen, damit sie in der Lage sind, ihre Ansprüche geltend zu machen. An die Weimarer Reichsregierung wurde der Antrag gestellt, eine künftige Erklärung darüber herbeizuführen, daß die nachträglich in die Rheinprovinz eingeführten Demobilisierungsgesetze nicht dem Demobilisierungszwang unterliegen, da sonst die Wirtschaftslage gefährdet werde.

Mitteilung des Rheingauer Weinbauvereins. 15. 3. 19. Die Düngung der Weinberge mit künstlichen Düngern.

Von Obst- und Weinbauinspektor Schilling in Geisenheim.

Die beste Düngung der Weinberge ist diejenige mit natürlichen Düngern, insbesondere mit mäßig verrottetem Speckigem Rindviehmist. Außerdem kann auch aller, gut bereiteter Compost, sowie Jauche mit Erfolg angewendet werden. Die natürlichen Dünger sind den künstlichen überlegen, weil sie den Boden nicht nur nach der chemischen Seite verbessern d. h. Nährstoffe zuführen, sondern auch nach der physikalischen, d. h. den Boden lockern und mit Bakterien anreichern, wodurch die Bodenfruchtbarkeit gefördert wird. Bisher waren im Rheingau die Handelsdünger so gut wie aus den Weinbergen verbannt, jedoch haben Versuche hier wie in anderen Weinbaugesetzen erwiesen, daß sie im Weinbau ebenso wie in der Landwirtschaft als Hilfs- oder Beidünger mit Nutzen verwendet werden können. Stallmist ist zur Zeit kaum und nur für viel Geld zu haben, zuletzt sind für den Zentner frei Station 2,40 Mk. bezahlt worden, auch fehlt es an Zeit zum Untergraben. Die künstlichen Dünger sind auch sehr knapp, besonders die wichtigsten, die Stickstoffdünger. Der Rheingau hat vor dem Kriege verhältnismäßig wenig Kunstdünger verbraucht, infolgedessen bekommen jetzt die Händler nur kleine Mengen zugewiesen, auch stockt die Herstellung und Befriedigung. Beim Einkauf darf man jetzt nicht allzu wählerisch sein und muß nehmen was man bekommen kann, jedoch müssen es Stickstoff-, Kali- und Phosphorsäuredünger sein, wenn eine Volldüngung erreicht werden soll. Eine Düngung mit Kali allein oder nur mit einem Phosphorsäuredünger oder mit Kali und Phosphorsäure zusammen hat wenig Wirkung, es müssen vielmehr die drei Hauptnährstoffe: Stickstoff, Kali und Phosphorsäure stets zusammen gegeben werden. Eine Düngung mit Stickstoff allein ist anzuraten in Weinbergen mit geringem Holzwachstum und mit Kali und Phosphorsäure allein auf Wiesen und auf Ackeräckern oder wenn der Stickstoff in Form von Jauche gegeben wird.

Bei der Festlegung der Düngermenge hat man sich nach dem Nährstoffbedarf der Rebe zu richten. In dieser Beziehung sind wir auf die wissenschaftlichen Forschungen angewiesen und einer der ersten Forscher auf diesem Gebiete, Geh. Hofrat Prof. Dr. Wagner-Darmstadt, hat durch mehrjährige Versuche festgestellt, daß ein Morgen Weinberg = 100 Reben oder $\frac{1}{4}$ ha dem Boden alljährlich ungefähr 60—75 Pfd. Kali, 50—60 Pfd. Stickstoff und 20—22 Pfd. Phosphorsäure entzieht. Diese Nährstoffmengen müssen durch die Düngung wieder ersetzt werden, wenn der Weinberg nicht Rot leiden soll. Das geschieht auch von altersher durch die Düngung mit Stallmist, wovon nach Wagner in 100—120 Zentnern prima Rindviehdünger ungefähr obige Nährstoffmengen enthalten sind. Gewöhnlich wird 1 Morgen Weinberg alle 3 Jahre mit 300—400 Zentner Stallmist gedüngt.

Die für die Weinbergsdüngung empfehlenswertesten künstlichen Dünger sind: Von den Kalidüngern das 40% Kali, das 20% Kali, das Chlorkali mit 51% und der Kainit mit 12—15% Kali. Von den Stickstoffdüngern das schwefelsaure Ammoniak mit 20,6% und

der Kalkstickstoff mit 15% Stickstoff. Von den Phosphorsäuredüngern das Thomasmehl mit 15—20% zitralsäure Phosphorsäure, das Superphosphat mit 18—22% und das Knochenmehl Marke „Einsa“ mit 20% Phosphorsäure oder Marke „Biera“ mit 40% Stickstoff und 20% Phosphorsäure. Der Prozentgehalt gibt an, wieviel Pfund des Nährstoffs in 1 Zentner enthalten sind. Das Kali kauft man am billigsten im Kainit, die Phosphorsäure im Thomasmehl. Das schwefelsaure Ammoniak ist der angenehmste Stickstoffdünger. Um dem Nährstoffbedarf der Reben zu genügen, verwende man daher für einen Morgen im Ertrag stehender Weinberge folgende Düngermengen: $\frac{1}{2}$ —2 Ztr. 40% oder 3—4 Ztr. 20% Kali oder 1— $\frac{1}{2}$ Ztr. Chlorkali oder 4—6 Zentner Kainit; ferner 2—3 Ztr. schwefelsaures Ammoniak oder 3—4 Zentner Kalkstickstoff und 4—6 Zentner Thomasmehl (weil dasselbe schwer löslich ist und zum Teil in den oberen Bodenschichten festgehalten wird, muß mehr gegeben werden), oder 1— $\frac{1}{2}$ Zentner Superphosphat oder 2—3 Zentner Knochenmehl, da letzteres ebenfalls schwer löslich ist. Die Kali- und Phosphorsäuredünger können vor dem Ausstreuen miteinander gemischt werden, desgleichen mit Kalkstickstoff nicht aber mit dem schwefelsauren Ammoniak, wenn als Phosphorsäuredünger das Thomasmehl gegeben wird, dann muß es 14 Tage bis 3 Wochen später ausgestreut werden.

Denjenigen Weingutsbesitzern und Winzern, welche die Düngung der Weinberge mit künstlichen Düngern noch in diesem Frühjahr beabsichtigen, sei geraten, dieselben recht bald, möglichst noch im Monat März auszustreuen. Dasselbe gilt auch für die Düngung der Felder mit künstlichen Düngern. Für Karstoffeln und Dickwurz (Runkelrüben) gebe man das schwefelsaure Ammoniak kurz vor oder bei der Saat resp. Pflanzung. Wer zur Düngung der Karstoffeln Chlorkali und Thomasmehl verwenden will, muß diese Düngermittel jetzt ausstreuen, besonders das Chlorkali, sonst erntet man infolge des Chlorgehaltes wässrige Knollen. Beim Ausstreuen von Kalkstickstoff sei man vorsichtig und schütze Nase, Mund, Hände und Arme gegen dieses äußerst staubförmige Mittel, da sonst sehr leicht unangenehme Entzündungen entstehen, man wähle auch windstilles Wetter dazu. Das sofortige Untergraben oder Einhacken oder Einpflügen der künstlichen Dünger ist gut aber nicht dringend notwendig, da die Dünger von dem Boden festgehalten (absorbiert) werden. Beim Einkauf von künstlichem Dünger wende man sich nur an zuverlässige reelle Händler und lasse sich für den Nährstoffgehalt Garantie leisten. Empfehlenswert ist, die Dünger durch Zusammenschluß mehrerer Interessenten oder durch Vereine im Großen zu beziehen und dann Stichproben dem der Agrarkultur-Chemischen Versuchstation von Prof. Dr. Fresenius in Wiesbaden zur Untersuchung und Feststellung des Gehalts einzusenden. Für die Herbstdüngung beziehe man die Dünger schon im Sommer, wodurch bei Großbezug viel Geld gespart werden kann. Weitere Auskunft wird kostenlos erteilt.

Vermischtes.

Ein Volkskunsthause in Leipzig. In Leipzig hat sich soeben eine „Kunstgesellschaft Bau für Volkskunsthause“ mit einem Grundkapital von einer Million Mark gebildet, die einen großen Neubau errichten will in dem eine Anzahl der künstlerischen Volksbildung dienenden Unternehmen zweckmäßig vereinigt werden sollen. Zunächst soll ein Theater mit 1380 Plätzen gebaut werden, das dem im Dezember vorigen Jahres gegründeten Verein Leipziger Volksbühnen für erstklassige billige Vorstellungen zur Verfügung gestellt wird. Daneben wird eine große, zweigeschossige Ausstellungshall für bildende Kunst errichtet, die mit dem Theater durch Wandelgänge in Verbindung steht und jedem Theaterbesucher freien Eintritt in die Kunstausstellungen gewährt. Schließlich soll im Vorderhaus eine Volksakademie nach dem Muster der Berliner Humboldt-Akademie untergebracht werden.

Trochij's Ausfahrten. „Einer unserer Freunde“, so berichtet die Pariser Zeitung „L'Esclair“, ist jetzt aus Moskau zurückgekommen und erzählt: „Ich habe zweimal Herrn Trochij in Moskau ausfahren sehen. Das Spiel e sich folgendermaßen ab: Zuerst errichtet ein gepanzerter Auto, das ein furchtbares Getöse mit seiner Hupe vollführt. Sodann erscheint ein zweites Auto, mit einem Maschinengewehr, das ununterbrochen schießt, um den Weg freizumachen. Darauf ein drittes Auto, in dem Trochij sich befindet, und endlich ein viertes Auto, das wir der mit einem Maschinengewehr versehen war.“ Der „Esclair“ fügt hinzu: „Die Wissenschaft hat offenbar das Geleit der Tyrannen heutzutage verändert. Es verbreitet mehr Unheil und ist weniger schön anzusehen.“

Humor in trüber Zeit. Aus Mainz wird folgender Scherz berichtet: Gelegentlich der Schulfeier einer höheren Töchterschule wird auch das — ausschließlich aus Damen bestehende — Lehrkollegium im Rektorzimmer photographiert. Als die Bilder fertig sind, ergötzt sich, zum Schreden der Vorsteherin und zum Jubel aller Schülerinnen, daß über den Köpfen der Damen eine an der Wand befindliche Tabelle mit auf das Bild gekommen ist, auf welcher in großen Buchstaben zu lesen ist: „Unsere Glühwürmchen“.

Der Wiederaufbau Jerusalems. Die „Times“ bringt einen ausführlichen Bericht über die großartigen Pläne und Vorarbeiten, die unter der Leitung der britischen Regierung ausgearbeitet werden zum Zweck der Verschönerung und Erneuerung Jerusalems. Unter dem Vorsitz des Stadtkommandanten General Storri hat sich ein aus Angehörigen aller Nationen und Konfessionen Jerusalems bestehendes Komitee gebildet, das einige britische Ingenieure und Architekten als Sachverständige hinzugezogen hat und bereits eine Reihe von Plänen für den Wiederaufbau der heiligen Stadt entworfen hat. Prinzipiell hat man sich jetzt auf folgende Hauptpunkte geeinigt: Die alte Stadt bleibt innerhalb ihrer mittelalterlichen Mauern, einem ge-

Wichtiges Geschichtsmuseum gleich, unangeketteter weiter bestehen. Der Schutz aller Denkmäler und archäologisch wichtigen Punkte wird der Regierung anvertraut und sehr streng durchgeführt werden. Außerhalb des Mauerringes erstreckt eine völlig neue, nach modernen europäischen und amerikanischen Plänen zu erbaute Stadt, mit breiten Straßen, Trottoirs, Wasserleitung, Kanalisation, Beleuchtung u. Für die neue Stadtanlage ist ein System von Parks vorgesehene, welche durch die im Plane bestimmte Nachbarschaft mit den zinnreichen Mauern der Altstadt einen erhöhten Reiz erhalten sollen. Sämtliche im Altertum oder Mittelalter in Jerusalem vorhandene gewesenen Industrien, Handwerke, Basare und Verkaufshallen sollen unter modernen Gesichtspunkten wieder eingeführt werden. Der eifrigste Schutz wird den verschiedenen heiligen Stätten, namentlich dem Haram es Scherif und seinen Nebenmoscheen, zugesagt. Die Gründung von technischen Handels- und Handwerkschulen ist vorgesehen, unter zweckmäßiger Benutzung der Erfahrungen der Kunstgewerbeschule der Zionisten, Bezalel, und die Ausbildung der Jerusalemer Jugend zu guten Handwerkern, Arbeitern und Technikern. Endlich soll auch die eigentliche Erforschung des heiligen Landes und speziell der Umgebung von Jerusalem neu und energisch in die Hand genommen werden, um alle religiösen und geschichtlichen Schätze, die im Boden Palästinas noch schlummern mögen, ans Licht der Welt zu fördern. Eine Gruppe besser englischer, amerikanischer und französischer Archäologen ist am Werke, um auch für die bald wieder aufzunehmenden Ausgrabungen alle nötigen Vorbereitungen zu treffen. Die jutage geförderten Altertümer sollen im Lande selbst verbleiben.

Kleine Chronik.

Rheinisch-westfälische Industrie- und Handelskammer. Der demokratische Abgeordnete Erlenz forderte in einer Versammlung in Elberfeld die Bildung einer Industrie- und Handelskammer für die Rhein- und Westfälischen Provinzen. Für sie müsse eine ausgebreitete Selbstverwaltung verlangt werden, als bisher zugestanden worden sei.

Ein Zeichen der Zeit. Bezeichnend für den gegenwärtigen Verfall des deutschen Volkes ist eine Veröffentlichung des Königlich Niederländischen Generalkonsulats in Hamburg. Das Konsulat, das auch die Interessen anderer Staatsangehörigen vertritt, teilt mit, daß bei ihm täglich Gesuche deutscher Militärpersonen um Verschaffung von Diensten in der niederländisch-indischen und der britischen Armee oder Marine eintreffen, daß aber solchen Gesuchen nicht stattgegeben werden könne, weil die Möglichkeit zu solcher Anwerbung fremdnationaler Personen nicht bestehe.

Ein schwerer Diebstahl. In der Friedrichstraße in Berlin wurde ein Juwelieregeschäft ausgeraubt, in dem sich Juwelen im Werte von über einer halben Million Mark befanden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Die Berliner Studenten. Die Studentenschaft Groß-Berlins protestierte in einer Versammlung gegen die beabsichtigte Abfertigung des Zwischensemesters. Sie verlangte in einer Resolution mit dem Hinweis auf die große Zahl der Kriegsinvaliden, die besonders schwer durch eine solche Maßnahme geschädigt würden, die sofortige Wiedereinstellung der diesbezüglichen Verordnung des Reichswehrministers rückgängig zu machen.

Die Minengefahr. Die „Morning Post“ meldet aus Stockholm: Die Fischer von der Westküste melden, daß die Minengefahr noch sehr ernst ist. Die ganze schwedische Fischerflotte, die in der Nordsee arbeitet, ist wegen der Minengefahr gezwungen, untätig zu bleiben.

Eisenbahnunglück. In der Nähe des Arsenals von Cuerners (bei Mous) stieß nach einer Brille ein Güterzug mit einem Personenzug zusammen. Neun Personen wurden getötet, 38 verwundet, 10 Verwundete schweben in Lebensgefahr.

Zur Flucht des Königs. Aus München wird berichtet: Der Kommandant des Grenzschießes Kiefersfelden, Oberleutnant Hermann, wurde vom Soldatenrat in Rosenheim seines Amtes enthoben. Mitbestimmend war laut der „Münchener Abendzeitung“, daß er den König Ludwig auf dessen Erkundung nach Aussen begleitet. Das Gerücht, der König habe seinen Paß gehabt, sei unrichtig.

Flugpost Frankfurt a. M.-Berlin. Auf Betanlassung der Abteilung Luftpost des Frankfurter Verkehrsvereins wurde unter Mitwirkung führender Kreise aus Handel und Industrie eine Luftpost Frankfurt a. M.-Berlin ins Leben gerufen. Die täglich zwischen Frankfurt a. M. und Berlin verkehrende Luftpost soll die Beförderung von Briefen, Postkarten u. dgl. übernehmen. Die Flugzeit beträgt etwa 4 Stunden. Mit dem Fliegen soll in kürzester Zeit begonnen werden.

Heringsfischerei. Nachdem die Heringschwärme in die Elbe zurückgekehrt sind, hat die Zufuhr von Heringen nach Hamburg einen großen, seit Monaten nicht gesehenen Umfang erreicht. Hoffentlich merkt das übrige Deutschland von diesem Heringsfischerei auch recht bald etwas.

Eine Seuche in Wien. In Wien greifen Erkrankungen um sich, die, den Blütern zufolge, sich in Bewegungskrankheit der Extremitäten äußern. Die Erkrankung der Knochen verursacht große Schmerzen. Die Krankheit breitet sich sehr schnell aus. Die Ärzte sehen das beste Heilmittel in der Zufuhr von Phosphor und Vitaminen. Moran Wien Mangel leidet

Zeitbilder.

Einiges Umgang. Alle häßlichen Leidenschaften im Menschen sind erwacht und gehen alles, was gut war, hinab in den Staub des Gemeinen. Oft bietet das Straßenbild dem Auge widerliche Szenen. So stand kürzlich in einem überfüllten Straßenbahnwagen der Schaffner an der Tür und rief dem drängenden Haufen zu: „Der Wagen ist besetzt!“ „Soll's Maul!“ antwortete ihm einer prompt. „Es darf niemand mehr einsteigen“, sagt der Schaffner. „Du bist wohl manisch!“ Der Schaffner wird ernstlich: „Hier ist besetzt!“ „Aber, wenn ich dich herausdrücke, dann wirst du besetzt — aber nicht zu knapp.“ Der Schaffner wird nervös: „Mensch, wenn ich Zeit hätte.“ Einer schreit und pöbelt den anderen; ei-

nige steigen aufs Trittbrett, werden heruntergerissen, andere steigen auf und überbieten sich in Schmähungen. Der Schaffner erklärt, den Wagen nicht abfahren zu lassen. Im Wagen selbst regt sich niemand darüber auf. Man ist diese Ausfälle bald gewohnt. In der Ecke des Hinterrucks stehen zwei fremde Offiziere, von denen der eine plötzlich halblaut zu dem anderen sagte: „Deutschland über alles“, worauf dieser ihm entgegnete: „Und Gott mit uns!“ Der gute Ton im Volke — o rühret, rühret nicht daran.

Volkswirtschaftliches.

Die französischen Wasserstraßenprojekte.

Vor einiger Zeit legte der französische Unterstaatssekretär für öffentliche Arbeiten, Cels, den Pariser Journalisten die Pläne dar, welche in der nächsten Zeit in Frankreich zur Hebung der Binnenschifffahrt durchgeführt werden sollen. Vor ungefähr einem Jahre ist ein Ausschuss gebildet worden, welchem die Aufgabe obliegt, die Schifffahrt zu verbessern, die Schifffahrtslinien im Innern auszubauen, die internationalen Bahnlücken zu verbessern und die natürlichen Wasserkräfte auszunutzen. Aus dem großen Arbeitsplan, welchen die Kommission aufgestellt, wird nun eine Reihe dringender, sofort durchzuführender Arbeiten ausgeschieden werden. Unter diese fallen die Maßnahmen zur Verbesserung der Binnenschifffahrt.

In Angriff soll genommen werden die Verbesserung der Schifffahrt auf der Seine, derart, daß zuzusagen Paris ein Binnenhafen für Rouen und Le Havre werden wird. Die Sperre von Reuilly wird beseitigt, neue Schleusen von 200 Meter Länge werden gebaut und eine Reihe weiterer Verbesserungen vorgesehen, sodaß Fluß-Schaluppen bis zu 2400 Tonnen und Seeschaluppen bis zu 1800 Tonnen nach Paris gelangen können. Von der Seinemündung bis nach Paris sollen auf beiden Ufern Quais, Docks und Werftstätten angelegt werden. Der Nordkanal soll für den Kohlentransport aus dem Norden nach Paris dienen, gleichzeitig mit dem möglichst rasch wieder in Stand zu setzenden Kanal von St. Quentin. Er wird entgegen dem vor dem Kriege vorliegenden Projekt statt für Boote von bloß 300 Tonnen für solche von 600 Tonnen gebaut werden.

Von größter Bedeutung für die wirtschaftsgeographische Neuorientierung wird die Wasserstraßenverbindung Straßburg-Marseille werden. Auf dem Rhein-Rhônekanal konnte sich bis jetzt kein bedeutender Verkehr entwickeln, da er nicht auf seiner ganzen Länge mit Booten von 300 Tonnen befahren werden konnte. Dies war nur möglich auf französischem Gebiet bis in die Nähe von Besancon. Die nunmehr geordneten Arbeiten werden es ermöglichen, daß der Kanal bis zu seiner Verbindung mit dem Rhein bei Straßburg befahren werden kann. Auf diese Weise werden besonders die Rahltransporte vom Oberrhein aus auf dem Wasserwege zu billigen Frachtfähren, nach Frankreich gebracht werden können. Die Kanalisierung der Rhone ist ebenfalls vorgesehen und so wird bis in einigen Jahren Marseille mit einem gewaltigen Hafen, mit dem Rhein und mit Straßburg durch einen guten Wasserweg verbunden sein.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Betr. Radfahren.

Es wird ausdrücklich zur Kenntnis gebracht, daß das Radfahren grundsätzlich verboten ist. Genehmigungen werden z. B. nur für den Verkehr innerhalb des Landkreises Wiesbaden erteilt und zwar auf Antrag, durch Aufstellen eines roten Pfeils auf den Personalausweis im Rathaus Zimmer Nr. 8 und Abstempelung durch die Gassenkommandantur in Dieblich. Solche Scheine berechtigen zu Fahrt für geschäftliche Zwecke, für Arbeiter zur Fahrt von und zur Arbeitsstelle. Sogenannte Hamsterfahrten und Vergnügungsausflüge sind untersagt.

Die Genehmigung zum Radfahren nach anderen Orten bedarf eines besonderen Besuchs. Anträge sind an die Bürgermeisterei zu richten.

Strenge Kontrolle wird auch durch die deutschen Behörden ausgeübt.

Betr. Ausgabe von Reks.

Die Ausgabe von Reks für Kinder bis zu 6 Jahren, werdende Mütter in den letzten 3 Monaten und vollmilchbedürftige Kranke mit entsprechender ärztlicher Bescheinigung oder Bewilligung des Kreisauusschusses (Prüfungsstelle) erfolgt Freitag, den 21. ds. Mts., nachm. von 2½—3½ Uhr auf Zimmer 4 im Rathaus. Es erhalten die Kinder bis zu 4 Jahren je 3 Pakete, die im 5. und 6. Lebensjahre je 2 Pakete.

Die Milchkarte ist als Ausweis vorzulegen, ein Paket Reks kostet 30 bzw. 35 Pfg. Die festgesetzte Zeit ist genau einzuhalten und die Beträge abgezählt mitzubringen.

Als gefunden ist gemeldet:

Ein Beutel mit Inhalt.

Abzugeben auf Zimmer 1 des Rathauses.

Schierstein, 20. März 1919.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Bekanntmachung.

Der Umfang des Schleichhandels mit Vieh und die Geheimhaltungen haben in letzter Zeit in dem Landkreis Wiesbaden derart überhand genommen, daß die tägliche Fleischversorgung für den Landkreis Wiesbaden in Frage gestellt ist; ebenso wird hierdurch die Milch- und Speisefett-

versorgung in absehbarer Zeit unmöglich gemacht werden. Der Schleichhandel scheint unter dem Deckmantel des Viehverkaufs eifrig betrieben zu werden. Um den Vieh- und Nutzviehverkauf in geregelte Bahn zu geleiten, beziehe ich:

1. Das sogenannte Protokoll für den An- und Verkauf von Zucht- und Nutzvieh ist ab 15. März mehr erforderlich.
2. Ueber sämtliches, im Kreise gehandeltes Vieh, Käufer und Verkäufer innerhalb 24 Stunden nach dem Kauf ein vorgeschriebenes Formular ausfüllen und zu unterschreiben. Dieses Formular sofort an den Bürgermeister abzugeben und von diesem zu beglaubigen. Für die Beglaubigung der Käufer und Verkäufer an den Bürgermeister 50 Pfg. zu entrichten.
3. Die Käufer müssen sich über die Identität der Person gegenüber dem Verkäufer ausweisen. Den Viehhändlern genügt hierzu die Ausweisung des Viehhandelsverbandes. Privatpersonen eine Bescheinigung ihres Bürgermeisters vorzulegen, worauf sie für ihren eigenen Betrieb Zucht- und Nutzvieh benötigen.
4. Die Bürgermeister haben die ihnen übergebenen Formulare in eine Liste einzutragen und die gefüllten Formulare selbst sofort an das Landratsamt einzureichen.
5. Sämtliche Viehhändler sind verpflichtet, in ersten Woche jeden laufenden Monats einen Ausweis aus ihrem Ein- und Verkaufsbuch über sämtliches gehandeltes Zucht- und Nutzvieh vom vorhergehenden Monat — auch das aus anderen Kreisen eingeführte und in andere Kreise ausgeführte Vieh — Namensangabe der vorherigen und jetzigen Eigentümer hierher einzureichen.
6. Sowohl der Verkäufer als auch der Käufer dafür verantwortlich, daß das vorgeschriebene Formular ausgefüllt und an das Bürgermeisteramt gegeben wird.
7. Das von den Vieh-Aufnahmekommissionen beschriebene Vieh darf von Viehhaltern überhaupt nicht verkauft werden.

Ich ersuche die Bürgermeister, vorstehende Bekanntmachung wiederholt auf ortsübliche Weise bekannt zu machen, sodaß sich niemand auf Unkenntnis der vorstehenden Bestimmungen berufen kann.

Um die Fleischversorgung für den Kreis weiter durchführen zu können, muß ich auf genaueste Beachtung der vorgeschriebenen Bestimmungen dringen und ich werde mich Überretirungen veranlaßt sehen, auf das Strengste zugehen.

Wiesbaden, den 10. März 1919.

Der Vorsitzende des Kreisauusschusses.
J. B. Schlitt.

Wirtschafts-Eröffnung.

Zur arzl. Kenntnis, daß ich die Restaur. zu „Stadt Wiesbaden“ übernommen habe. H. Bier a. d. Brauerei Henninger Frankfurt. Um geneigten Zuspruch bitte!

Schachlungsvoll
B. Küstermann.

Ziegenzuchtverein Schierstein

Diejenigen Mitglieder, welche in keinem Besitze von Wiesen und Ackergrundstücken sind, wollen sich bei dem Vorsitzenden Fritz Moser melden wegen Abgabe von Wiesen.

Der Vorstand.

1000 Buchenwellen

sowie Eichenholz, welches sich eignet für Gartenposten, Baumstämme und Böcke, zu verkaufen. Karl Kriessing, Wambach, Post Schlangenbad

Gute Milch-Schneeziegen, 2-3 jährig, zu kaufen gesucht. Fritz Kraus, Dieblich, Rathausstr. 67, 1. St., rechts.

Hunde

aller Rassen werden zu höchsten Preisen in gute Hände angekauft. Gullik, Wiesbaden, Rheinstr. 60.

Alcedern

die diesjährige Nutzung wie Didwara lauft

Heinr. Gerziger.

Ein schwarzes Minorka-Huhn entlaufen. Wiederbringer erhält Belohnung.

Heinr. Gerziger.

Kinderklappwagen

ohne Verdeck mit Gummibereifung zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle.

Schöne Stedzwiebeln (Schoppen 70 Pfennig) zu verkaufen bei

Edward Weinmann, Wiesbadenerstraße

Fleißiges, ehrliches Mädchen gesucht. Frau W. Blierweg.

Gute zutrauliche Glucke gesucht. Karlstraße

Zwei gute Bettfedern mit Sprungrahmen z. v. 44 Wilhelmstr.

Gut erhaltener Kinderwagen zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle.